Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5119**
16. Wahlperiode 25. 04. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4164 –

Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung der Herkunftsländer nutzen

A. Problem

Positive Effekte der Diaspora fördern und für die Entwicklung der Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten nutzen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4164 anzunehmen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatterin

Christel Riemann-Hanewinckel
Berichterstatterin

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Christel Riemann-Hanewinckel, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Thilo Hoppe

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 16/4164 in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung, der **Innenausschuss** in seiner 36. Sitzung, der **Finanzausschuss** in seiner 53. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 41. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 33. Sitzung und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, Deutschland profitiere einerseits sehr davon, als Aufnahmeland Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt zu bekommen, auf der anderen Seite gebe es aber das Problem der Integration. In den Entsendeländern stünde den Rücküberweisungen und dem Transfer von Wissen die Auswanderung von Wissenschaftlern und hoch qualifizierten Arbeitskräften (Brain Drain) gegenüber. Sämtlichen Absichtserklärungen, die in diesem Zusammenhang auch in der EU-Ratspräsidentschaft seitens der Entwicklungsminister geäußert würden, müssten Taten folgen.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Bedeutung der Rücküberweisungen von Frauen in ihre Herkunftsländer. Sie würden ihr Einkommen in einem viel größeren Maße zurücküberweisen, als es die Männer täten, obwohl sie rein von der Summe her in der Regel weniger verdienten. Diese Gelder würden vorrangig für die Unterstützung der Bildung, der Ausbildung und der Gesunderhaltung ihrer Familien verwendet und eröffneten diesen Lebenschancen. Davon profitierten auch die Kommunen, in denen diese Familien leben. Migration betreffe Herkunftsländer und Empfänger- oder Wanderungsländer gleichermaßen. Letztlich gehe es darum, eine Win-win-Situation für beide Seiten zu schaffen. In Deutschland sei schon einiges erreicht worden, aber noch vieles offen, vor allem im Hinblick auf die Rechtssituation von zugewanderten Frauen, von Kindern und insbesondere von Menschen mit einem illegalen Aufenthaltsstatus. Es bestehe erheblicher Handlungsbedarf, um diesen Betroffenen die ihnen zustehenden Menschenrechte zu gewähren. Dabei sei ein wesentlicher Punkt die Frage des gleichen Zugangs zur Bildung und der frühen Förderung des Spracherwerbs. Schließlich sei auch eine Stärkung von Antidiskriminierungsmaßnahmen als Schwerpunkt von Integrationspolitik erforderlich.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, viele Menschen hätten keine Vorstellung, dass die Höhe der Rücküberweisungen tatsächlich die Höhe der offiziell geleisteten ODA-Entwicklungshilfe um mehr als das Doppelte überträfe. Wichtig sei es deshalb, bei den Kosten für die Rücküberweisungen etwas zu verändern, damit nicht ein übergroßer Anteil bei den Banken, die die Transfers durchführen, hängenbleibe. Migration habe stets zwei Seiten, auf der einen Seite brauche der Arbeitsmarkt der Industrieländer Migranten, weil es dort Arbeitsplätze gebe, die mit einheimischem Personal nicht zu besetzen seien. Auf der anderen Seite würden aber qualifiziertes Personal aus den Entwicklungsländern abgezogen und dort Lücken hinterlassen, die nicht tolerabel seien. Man müsse dazu kommen, eine Win-win-Situation sowohl für die Abwanderungs- als auch für die aufnehmenden Länder herzustellen.

Nicht vernachlässigt werden dürfe darüber hinaus die Problematik des Kinderhandels und des Menschenhandels insgesamt in seinen vielfältigen Ausgestaltungen, insbesondere auch in den Schattierungen und den Übergängen von der legalen zur illegalen Beschäftigung bis hin zur Zwangsprostitution. Man müsse nach den Motiven derer fragen, die zuwandern, und auch beleuchten, ob die Zuwanderung freiwillig geschieht. Dabei müssten die Aspekte der Zwangsverheiratung einbezogen werden. Insbesondere an den Übergangsstellen von der Legalität in die Illegalität sollten Schranken aufgebaut werden, die dem Schutz derer, die zuwandern, dienen, ohne indes abzuschotten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** strich heraus, dass die Potenziale der Diasporagemeinden ein wesentlicher Faktor seien, um von Deutschland aus entwicklungspolitisch wichtige Initiativen zu starten. Die Senkung der Transferkosten bei den Rücküberweisungen sei dringend notwendig. Daneben sei eine höhere Flexibilität bei Ermessensentscheidungen der Ausländerbehörden erforderlich, um auch längerfristiges, entwicklungspolitisch sinnvolles Engagement im Heimatland zu ermöglichen. Ziel müsse eine Win-win-Situation für beide Seiten sein. Noch nicht im Bewusstsein sei die neue Form von Sklaverei unter dem Deckmantel der Migration. Nach Drogen- und Waffenschmuggel stehe Menschenhandel an dritter Stelle der lukrativsten illegalen Geschäfte mit einem Jahresumsatz der Branche von 7 bis 12 Mrd. US-Dollar. Auch aus wirtschaftlichen Gründen

müsse das Interesse bestehen, dieser Ausbeutung ein Ende zu bereiten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** machte deutlich, Migration müsse als Chance und nicht als Bedrohung formuliert werden. Es gebe viele Potenziale, die bisher nicht gefördert worden seien. So würden viele Abschlüsse von Einwanderern nicht anerkannt, obwohl sie wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leisten und ihren Platz finden könnten. Man könne das Thema Migration nicht diskutieren, ohne die fehlende positive Einwanderungspolitik zu erwähnen. Die Menschen müssten die Möglichkeit erhalten, nach Europa zu kommen. Dagegen stehe jedoch die praktizierte Abschottungspolitik. Außerdem müssten die Menschen, die hier ohne Aufenthaltsstatus leben, aus der Illegalität geholt und ihnen die Chance eröffnet werden, an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Es sei zu bedauern, dass die Fraktion DIE LINKE. nicht eingeladen worden sei, den Antrag mit zu formulieren. Sie werde sich deshalb enthalten.

Berlin, den 28. März 2007

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatterin

Christel Riemann-Hanewinckel
Berichterstatterin

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333